

Ressort: Politik

Tillich stellt Solidaritätszuschlag infrage

Berlin, 10.05.2014, 01:00 Uhr

GDN - Sachsens Ministerpräsident Stanislaw Tillich hat den Solidaritätszuschlag infrage gestellt: "Wenn die Aufgabe des Bundes erfüllt ist, die teilungsbedingten Lasten zu tragen, gibt es keinen Grund für diese Sondersteuer mehr. Es wäre redlich, den Soli dann abzuschaffen", sagte Tillich der "Welt".

Den Vorschlag des Hamburger Regierungschefs Olaf Scholz (SPD), das Soli-Aufkommen nach dem Ende des Solidarpakts 2019 zur Schuldentilgung der Bundesländer einzusetzen, wies Tillich zurück. "Die Fortführung des Soli für diesen Zweck wäre eine verkappte Steuererhöhung, die wir nicht zulassen können", sagte er. Im vergangenen Sommer hatte sich auch Bundeskanzlerin Angela Merkel (CDU) für eine Beibehaltung des Solidaritätszuschlags ausgesprochen. Die Sonderförderung des Ostens könne nach 2019 in eine Förderung nach regionaler Notwendigkeit umgewandelt werden, sagte sie der "Welt am Sonntag". Es gebe Investitionsbedarf in ganz Deutschland. Tillich warnte im "Welt"-Interview vor einer Generalrevision des Länderfinanzausgleichs: "Das jetzige System hat sicher die eine oder andere Macke. Aber im Großen und Ganzen hat sich der Länderfinanzausgleich bewährt." Der CDU-Politiker schlug die Einführung eines "Konnexitätsprinzips" vor. Die staatliche Ebene, die eine neue Leistung beschließe, müsse auch dafür aufkommen. "Wenn beispielsweise der Bund neue Sozialausgaben will, muss er sie auch selbst finanzieren." Tillich forderte Bayern und Hessen auf, ihre Verfassungsklagen gegen den Länderfinanzausgleich zurückzuziehen. "Das Warten auf die Vorgaben des Bundesverfassungsgerichts würde eine Lösung nur verzögern", sagte er.

Bericht online:

<https://www.germindailynews.com/bericht-34329/tillich-stellt-solidaritaetszuschlag-infrage.html>

Redaktion und Verantwortlichkeit:

V.i.S.d.P. und gem. § 6 MDStV:

Haftungsausschluss:

Der Herausgeber übernimmt keine Haftung für die Richtigkeit oder Vollständigkeit der veröffentlichten Meldung, sondern stellt lediglich den Speicherplatz für die Bereitstellung und den Zugriff auf Inhalte Dritter zur Verfügung. Für den Inhalt der Meldung ist der allein jeweilige Autor verantwortlich.

Editorial program service of General News Agency:

UPA United Press Agency LTD
483 Green Lanes
UK, London N13NV 4BS
contact (at) unitedpressagency.com
Official Federal Reg. No. 7442619